Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10,— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 80 — **Dienstag, den 11. Juli 1933** — **35. Jahrg.**

Steuern.

Bis zum 15. Juli sind fällig und an unsere Kämmereikasse abzuführen: die **Staatsgrundvermögenssteuer**, der **staatliche** und **Gemeindezuschlag** hierzu und die **Hauszinssteuer.**

Für fällig gewesene, nicht gestundete Beträge muß der gesetzliche Verzugszuschlag in Höhe von 1% für jeden angefangenen halben Monat berechnet werden, **außerdem müssen die Rückstände im Verwaltungszwangsverfahren kostenpflichtig beigetrieben werden.**

Kemberg, den 5. Juli 1933.

106] **Der Magistrat**

Bekanntmachung.

Betr. Nachträgliche Einlösung von Abschnitten der für die Monate Januar, Februar und März 1933 ausgegebenen Lebensmittel und Brennstoffverbilligungsscheine.

Im Hinblick auf zahlreiche Gesuche von Verkaufsstellen ist der Herr Reichsarbeitsminister damit einverstanden, daß die Abschnitte der für die Monate Januar, Februar und März 1933 ausgegebenen Reichsverbilligungsscheine für Frischfleisch und andere Lebensmittel sowie für Brennstoff auf Antrag nachträglich eingelöst werden, sofern der Antrag bis zum 10. Juli ds. Js. gestellt ist. Anträge sind bei mir einzureichen.

Wittenberg (Bez. Halle a. S.), den 6. Juli 1933.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Zwei Aufgaben

Kanzlerrede in Dortmund

Dortmund, 10. Juli.

Anläßlich einer Tagung der SA. aus Westfalen, an der rund 70 000 SA.-Männer teilnahmen, gab Reichskanzler Adolf Hitler einen kurzen Rückblick auf die letzten 14 Jahre und betonte, daß er mit mehr Zeit für den nationalsozialistischen Kampf gerechnet hätte.

Wir haben Position um Position errungen, so fuhr der Kanzler dann fort, und tatsächlich den Geist der Zwietracht bekämpft, über Konfessionen, Klassen und Berufe hinweg die Gewalt eines einheitlichen Reiches besetzt. Ein Wille kann heute dieses Volk beherrschen und damit führen und läutern.

Wir haben in den letzten fünf Monaten dem deutschen partikularistischen Kaiserstaat den Todesstoß versetzt und dem Partikularismus der Parteien ein Ende bereitet. Und wenn in diesen Tagen die letzten Parteigebilde zusammengesunken sind, unfreiwillig oder nicht, so wissen wir genau, warum sie es taten. Denn das ist alles nur das Ergebnis unseres Kampfes. Heute mögen vielleicht einige von ihnen im Hinterhalt den Gedanken hegen, die Parteien seien nur vorübergehend vergangen.

Die Parteien sind beseitigt und werden niemals wiederkehren. Diese Parteien stoßen jetzt gegen eine eiserne Organisation des nationalen Willens. Ich darf mit Stolz bekennen, daß wir hiermit etwas Gewaltiges in der deutschen Geschichte geleistet haben. Wer hätte jemals geglaubt, daß fünf Monate nach unserem Machtantritt das Zentrum die Fahne verlassen würde. Wir sind glücklich darüber, denn wir möchten gerne, daß der Kampf im religiösen Leben ein Ende nimmt und sind auch glücklich, daß es gestern gelang, in Rom ein Konkordat zu paraphieren, auf Grund dessen nunmehr für alle Zukunft den Priestern verboten sein wird, sich politisch in den Parteien zu betätigen. Wir sind glücklich darüber, weil wir die religiöse Not von Millionen Menschen erkennen und wissen, wie sehr sie sich danach sehnen, nicht priesterliche Vertreter der Parteien, sondern einer religiösen Ueberzeugung zu sehen. Damit ist aber zugleich der politische Machtkampf abgeschlossen.

Eine Bastion nach der anderen haben wir nun in unseren Besitz genommen. Dank der eigenen Kraft und derer, die gewillt sind, auf unseren Boden zu treten, ist heute eine Front aufgerichtet, die nach Eroberung der letzten Position das Reich ausbauen und verteidigen wird. Wir sehen heute zwei riesige Aufgaben vor uns, die uns in der nächsten Zeit beschäftigen werden. Ich weiß, daß viele Gegner nicht glauben werden, daß wir diese Aufgabe meistern könnten. Sie werden sich genau so irren, wie sie sich früher geirrt haben. Die Macht haben wir, niemand kann uns heute mehr Widerstand entgegensetzen, nun aber müssen wir den deutschen Menschen für diesen Staat erziehen. Denn die Form wird immer dann vergehen, wenn der Mensch nicht ihr lebendiger Träger ist, und wir wollen den Menschen zum Träger neuer Staatsform ausbilden.

Unser nationalsozialistischer Staat soll ewig stehen, indem wir die Bürger zu ihm erziehen, indem wir das deutsche Volk auf den Sinn dieser Ideen hundertprozentig einstellen. Es muß sich darum handeln, in den kommenden Jahren unermüdlich immer mehr die Erziehung der Millionen Menschen durchzuführen, auf daß sie hineinpassen in unseren Staat. Diese Erziehung ist nicht in der Theorie möglich, sondern wir schaffen die Schule der Praxis, in die in Zukunft jeder Deutsche kommen wird, um geschult zu werden für deutsches Sein. Wir werden genau so zähe sein wie in den hinter uns liegenden 14 Jahren.

Die zweite Aufgabe ist: Wir sehen in Deutschland eine riesige Armee von Menschen, die ohne Arbeit und damit ohne tägliches Brot ist. Wir stehen jetzt vor der größten Aufgabe, die je einem Staat gestellt worden ist: Wir müssen die Millionenarmee der deutschen Arbeitslosen besiegen. Als ich am 30. Januar die Macht übernahm, hat ich mir vier Jahre Zeit aus. Nun sind von diesen vier Jahren nicht ganz sechs Monate vergangen, und wir haben in dieser Zeit die Zahl der Arbeitslosen um rund zwei Millionen heruntergekämpft und werden sie weiter herunterkämpfen Monat um Monat, Jahr um Jahr, bis wir diese Frage gelöst haben. Wir haben uns dieses Ziel gesteckt, und ich werde dies Ziel verfolgen und mit mir alle meine Mitkämpfer.

Und wenn wir einen Mißerfolg haben sollten, werde ich am nächsten Tage wieder anfangen. Wir werden die Konsumkraft unseres Volkes wiederherstellen und die deutsche Wirtschaft wieder befruchten, und werden damit den Millionen Menschen nicht nur Lebensmöglichkeit schaffen in materiellem Sinn, sondern werden ihnen die Verzagtheit nehmen, die in der Aussichtslosigkeit liegt, mit der sie den Aufgaben des Lebens gegenüberstehen.

Gesetz über den Staatsrat

Das Bindeglied zwischen Regierung und Volk.

Berlin, 9. Juli.

Das Gesetz über den Staatsrat, das vom preußischen Staatsministerium in seiner Sitzung am 7. Juli unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Göring beschlossen worden ist, besagt u. a.: Der Staatsrat berät das Staatsministerium bei der Führung der Staatsgeschäfte.

Den Staatsrat bilden: 1. kraft ihres Amtes der Ministerpräsident und die Staatsminister, 2. kraft Ernennung durch den Ministerpräsidenten bis zu 50 Personen. Die Mitglieder des Staatsrates führen die Amtsbezeichnung „Preußischer Staatsrat".

Zum Staatsrat kann nur ernannt werden, wer u. a. mindestens 25 Jahre alt ist und die Rechte eines deutschen Staatsbürgers besitzt.

Der Ministerpräsident ernennt die Staatsräte aus folgenden Gruppen: Erste Gruppe: Staatssekretäre. Zweite Gruppe: Der Stabschef der gesamten SA., der Reichsführer der SS., der Stabsleiter der PO., die für preußische Gebietsteile zuständigen Gauleiter der NSDAP. und die eine Gruppe führenden Obergruppenführer der SA. und Gruppenführer der SS. Dritte Gruppe: Vertreter der Kirchen von Wirtschaft, Arbeit, Wissenschaft und Kunst sowie sonstige um Staat und Volk verdiente Männer.

Der Ministerpräsident, die Staatsminister und die Staatssekretäre gehören dem Staatsrat für die Dauer ihres Amtes an, die Staatsräte der zweiten Gruppe für die Dauer der dort bezeichneten Aemter in der nationalsozialistischen Bewegung, die Staatsräte der dritten Gruppe auf Lebenszeit.

Präsident des Staatsrates ist der Ministerpräsident.

Der Ministerpräsident gibt dem Staatsrat eine Geschäftsordnung. Die Staatsräte sind verpflichtet, an allen Sitzungen teilzunehmen, soweit sie nicht vom Ministerpräsidenten beurlaubt sind. Die Staatsräte äußern sich zu den Vorlagen, die dem Staatsrate zugehen. Wichtige Gesetze sollen vor ihrer Verkündung dem Staatsrat vorgelegt werden. Hält ein Staatsrat die Beratung einer sonstigen Angelegenheit für erwünscht, so teilt er dies dem Ministerpräsidenten unter Darlegung der Gründe mit; der Ministerpräsident entscheidet endgültig, ob der Anregung zu entsprechen ist. Der Staatsrat stimmt nicht ab. Die Sitzungen des Staatsrates sind nicht öffentlich. Der Reichskanzler kann jederzeit die Einberufung des Staatsrates verlangen; er kann im Staatsrat jederzeit erscheinen und das Wort nehmen.

Das Amt der Staatsräte ist ein Ehrenamt! Die Staatsräte erhalten freie Eisenbahnfahrt und Aufwandsentschädigung nach Maßgabe von Vorschriften, die das Staatsministerium erläßt. Ein Verzicht auf die Aufwandsentschädigung ist nicht statthaft.

Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Mit dem Inkrafttreten ist der bisherige Staatsrat aufgelöst.

Die Mitglieder des neuen Staatsrats

Ministerpräsident Göring hat als Führer des neuen Staatsrats in den Staatsrat berufen: Alle preußischen Minister, die Staatssekretäre Grauert vom Innenministerium und Körner vom Staatsministerium, den Stabschef der SA. Hauptmann a. D. Röhm, den Reichsführer der SS. Himmler, den Stabschef der politischen Organisation der NSDAP. und Führer der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley, den Oberpräsidenten und Gauleiter Koch-Königsberg, den Gauleiter Karpenstein-Stettin, den Oberpräsidenten und Gauleiter von Brandenburg-Grenzmark Kube, den Oberpräsidenten von Nieder- und Oberschlesien und Gauleiter Brückner, den Gauleiter von Halle-Merseburg Jordans, den stellvertretenden Gauleiter

ter Görlitzer-Berlin, ferner die Gauleiter Wagner-Bochum, Tirboven-Essen, Florian-Düsseldorf, Simon-Koblenz, Grohe-Köln, Weinrich-Kassel, Telschow-Hannover-Ost, Oberpräsident und Gauleiter Lohse-Kiel.

Für diejenigen Gauleiter der NSDAP. in Preußen, die gleichzeitig Statthalter eines anderen Gebietes sind, also den Gauleiter Loeper, der Statthalter von Anhalt und Braunschweig ist, den Gauleiter Meyer, der Statthalter von beiden Lippe ist, den Gauleiter Saucel, der Statthalter von Thüringen ist, und den Gauleiter Sprenger, der Statthalter von Hessen ist, werden die stellvertretenden Gauleiter in den Staatsrat berufen.

Ferner sind folgende fünf Obergruppenführer der SA in den Staatsrat berufen worden:

Polizeipräsident Heines-Breslau, Litzmann-Königsberg, von Jagow-Kassel, Luyken-Niederrhein und Oberpräsident Luze-Hannover, ferner die SS.-Gruppenführer Ministerialdirektor Daluege-Berlin, von Woyrsch und Polizeipräsident Weitzel-Düsseldorf.

Als Vertreter der Wirtschaft

ist der Industrielle Thyssen, als Vertreter des Stahlhelm Rittmeister a. D. Morozowicz, ferner aus der Gruppe der Personen, die besondere Verdienste um den Staat haben, der frühere Oberpräsident von Ostpreußen Kutscher und der bisherige Oberpräsident von Pommern von Halfern in den Staatsrat berufen.

Der neue preußische Staatsrat wird außerordentlich feierlich mit einem großen Staatsakt eröffnet werden und in einem Saale des Berliner Schlosses tagen.

Göring über das Reformwerk

Der erste schöpferische Akt für die neue preußische Verfassung ist jetzt geschehen, und zwar in Gestalt der Schaffung eines neuen preußischen Staatsrates. Nach dem Ende der Parteien mußte aus den Gründen der staatlichen Entwicklung und der staatlichen Führung heraus ein solches Werk folgen, über das sich Ministerpräsident Göring eingehend vor den Vertretern der Presse äußerte. Der preußische Ministerpräsident wies darauf hin, daß die Totalität des Staates erreicht sei. In Zukunft bildet das Gedankengut des Führers der nationalsozialistischen Bewegung die Plattform, von der aus Preußen regiert wird. Mit dem Ende der Parteien muß auch das Ende der Parlamente in der bisherigen Form folgen.

In Zukunft gibt es keine Abstimmungen mehr, sondern nur der Persönlichkeitswert und der Leistungswert sollen Geltung haben. Es gibt keine getrennten Autoritäten mehr. Es gibt nur eine Autorität.

Die Macht, die der gegenwärtigen Regierung in Preußen zur Verfügung steht, ist ungeheuer. Der Ministerpräsident selbst hat dieses Wort ausgesprochen und ist sich der Bedeutung dieses Wortes voll bewußt. Diese Macht soll aber nur zum Segen des Volkes angewandt werden. Denn, so sagte Göring, nationalsozialistisches Prinzip sei es, das Volk glücklich und stark zu machen. Nur zu diesem Zwecke habe man die Führung übernommen. Eine derartige Machtvollkommenheit kann aber auch die Gefahr in sich bergen, daß der Kontakt mit dem Volke unter Umständen verlorengeht.

Zum Grundbegriff der Nationalsozialisten aber gehört es, mitten im Volke zu stehen.

Um der Gefahr zu begegnen, daß die gegenwärtige Regierung nicht in allen Dingen die Stimmung des Volkes kennt, daß ihr nicht alle Sorgen bekannt sind, mußte etwas Neues geschaffen werden, daß auch dazu dienen sollte, Sicherungen zu treffen, damit keine Diktatur vom grünen Tisch aus erfolgte. Die Männer der neuen Regierung wollen nicht abhängig sein von der Bürokratie. So ist es der Hauptgedanke Görings, wie er selbst ausführte, vom ersten Tage an gewesen, etwas zu schaffen, das diese Gefahr abwendet. Das Gesetz über die Neubildung des Staatsrates ist Görings eigenes Gedankengut und von ihm entscheidend beeinflußt worden.

Der neue preußische Staatsrat hat kurz gesagt den Zweck, die lebendige Verbindung zwischen Volk und Regierung darzustellen.

Die preußischen Staatsminister gehören dem Staatsrat selbst an. Auch so soll diese Bedeutung hervorgehoben werden. Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten sollen bei Abgabe wichtiger Gutachten die Fühlungnahme der Staatsräte in ihrer Provinz herbeiführen. Wenn ein Staatsrat ein Veto gegen irgendwelche Maßnahmen einlegt, so muß der Oberpräsident die Entscheidung des Ministers einholen. Auch in anderen Gebieten, in denen Staatsräte ernannt werden, sollen sie mit einem Einspruchsrecht ausgestattet werden.

Das neue Gesetz zeigt, daß die preußische Regierung gewillt ist, auf dem Wege fortzuschreiten, den der Reichskanzler Hitler in seiner Rede vor den Statthaltern vorgezeichnet hat.

Dieses Gesetz ist ein Stück Evolution, und zwar ein wichtiges Stück Evolution. Es schafft Legalität, sichert die Staatsautorität und gleichzeitig ist es eine Sicherung gegen Volksentfremdung. Welche weiteren Folgen das Gesetz haben wird, sowohl im Reich wie in den übrigen Ländern muß abgewartet werden. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Entwicklung in diesem Sinne auch in den übrigen Ländern fortschreiten wird, denn mit dem Ende der Parteien haben auch die Parlamente ihre ursprüngliche Bedeutung endgültig verloren, und so ist anzunehmen, daß das Reformwerk Görings wegweisend für die deutsche Entwicklung sein wird.

Wir alle wollen helfen!

Arbeit schaffen, Existenzen gründen!

Berlin, 9. Juli.

Kein Volk der Erde führt einen so heroischen Kampf um die Neugestaltung von Staat und Wirtschaft, kein anderes Volk hat härter um Existenz und Zukunft zu ringen als das deutsche. Die ungeheure Massennot, das böse Erbe des liberalistischen Zeitalters, ist mit veralteten politischen Methoden nicht zu überwinden. Die Waffen aus dem Arsenal überholter Wirtschaftspolitik sind längst stumpf und unbrauchbar geworden. Nur eine schöpferische Willenspolitik kann uns retten! Nur eine Politik kann heute Erfolge erzielen, die auf die unversiegten Quellen der Volkskraft zurückgreift und an die beste Tradition deutscher Geschichte anknüpft.

Und eine solche Wirtschaftspolitik wird heute geführt. Neue Waffen werden geschmiedet zum Kampfe gegen die Not. Neue Maßnahmen ergriffen, um das deutsche Schicksal zu meistern.

Die Parole der nationalsozialistischen Politik lautet: Durch Opfer zum Siege!

Aus Arbeitslosigkeit und Verzweiflung führt der Weg aufwärts, wenn alle anpacken und keiner beiseitesteht. Das ist der Sinn der Spende zur Förderung der nationalen Arbeit.

Nicht Almosen werden gesammelt, Arbeit soll beschafft, neue Existenzen sollen gegründet werden. Aus freiem Antrieb soll jeder opfern, der Unternehmer, der Angestellte, der Handwerker, der Arbeiter und der Bauer. Jeder nach seinem Können. Niemand darf versagen.

Das Volk ist eine Schicksalsgemeinschaft. Wer anderen hilft, hilft sich selbst!

Annahmestellen der Spende: Finanzamt, Zollämter, Hauptzollämter. Ueberweisung an diese Annahmestellen durch Post, Bank, Sparkasse usw.

Sicherung der Staatsführung

Ungültigkeitserklärung der Mandate der SPD. und der Staatspartei.

Nach Ausschluß der SPD.-Abgeordneten als Vertreter einer staats- und volksfeindlichen Partei aus den Volksvertretungen und den gemeindlichen Selbstverwaltungskörpern war noch über deren Sitze Bestimmung zu treffen. Dies ist geschehen in einer Verordnung zur Sicherung der Staatsführung, die der Reichsminister des Innern auf Grund der Ermächtigung im Gleichschaltungsgesetz erlassen hat.

Die Zuteilung von Sitzen auf Wahlvorschläge der Sozialdemokratischen Partei für den Reichstag und die Landtage (Bürgerschaften) auf Grund des Wahlergebnisses vom 5. März 1933 oder des Ergebnisses des Gleichschaltungsverfahrens ist unwirksam. Eine Ersatzzuteilung findet nicht statt. Von dieser Einziehung werden alle Sitze betroffen, die auf örtliche oder zentrale Wahlvorschläge der SPD. zugeteilt worden sind. Dabei macht es keinen Unterschied, ob ein Bewerber Mitglied der SPD. war oder nicht. Für den Reichstag fallen also 120 Sitze der SPD. und fünf Sitze der Staatspartei weg. Diese Sitze werden nicht wieder besetzt.

Desgleichen wird die Zuteilung von Sitzen auf Wahlvorschläge der SPD. für die gemeindlichen Selbstverwaltungskörper, also die Kreistage, die Bezirkstage, Bezirksräte, Stadträte, Stadtverordnetenversammlungen, Gemeinderäte usw. für unwirksam erklärt. Bei diesen gemeindlichen Selbstverwaltungskörpern können zur Aufrechterhaltung der gemeindlichen Selbstverwaltung die Sitze neu besetzt werden. Die Besetzung geschieht in der Weise, daß die Ersatzmänner von der Staatsaufsichtsbehörde entsprechend dem Volkswillen nach Ueberwindung des Parteienstaates berufen werden.

Das Verfahren der Berufung durch die Staatsaufsichtsbehörde kann ferner in anderen Fällen Platz greifen, wo ein Bedürfnis besteht, die gemeindlichen Selbstverwaltungskörper entweder vollkommen neu zu bilden oder einzelne Ersatzmänner eintreten zu lassen. Eine vollkommene Neubildung kann vor allem bei Umgemeindungen in Frage kommen.

Schließlich sind zahlreiche staatliche und gemeindliche Ehrenämter bei Verwaltungsgerichten, Beschlußbehörden und Ausschüssen auf Grund von Wahlvorschlägen der Parteien besetzt worden. In allen diesen Fällen ist die Zuteilung von Ehrenämtern an SPD.-Vertreter unwirksam. Eine Ersatzberufung findet dann statt, wenn zur Aufrechterhaltung der Staatsverwaltung oder der gemeindlichen Selbstverwaltung ein Bedürfnis besteht, die Ausschüsse und Beschlußbehörden zu ergänzen. Auch in diesen Fällen werden die Ersatzmänner von der Staatsaufsichtsbehörde entsprechend dem Volkswillen nach Ueberwindung des Parteienstaates durch Berufung neu besetzt.

Ermäßigung der Postgebühren

Aenderung der Postordnung, Verbilligung des Fernsprechverkehrs.

In der Verwaltungsratssitzung der Reichspost teilte der Reichspostminister mit, daß in den letzten Monaten in fast allen Verkehrszweigen eine gewisse über das saisonübliche hinausgehende konjunkturelle Belebung festgestellt werden konnte. Die Verwaltung erhoffe für die kommenden Monate eine Verkehrszunahme und damit auch eine günstigere Entwicklung der Einnahmen.

Unter anderem stimmte der Verwaltungsrat den Vorschlägen für die Aenderung der Fernsprechordnung und der Postordnung zu. Durch die Aenderung der Gebühren will die Reichspost die Bestrebungen der Reichsregierung auf Belebung der Wirtschaft und Verringerung der Arbeitslosigkeit unterstützen.

Im Fernsprechverkehr fällt damit u. a. vom 10. Juni an der bei der Einrichtung eines Fernsprechhauptanschlusses zu zahlende Apparatbeitrag von 50 Reichsmark fort. Die Gebühr für die Uebertragung von Anschlüssen, die bisher 7,50 Mark betrug, wird auf drei Mark herabgesetzt. Besonders von der Landbevölkerung wird es begrüßt werden, daß sich die Zusschlaggebühr, die für Hauptanschlußleitungen außerhalb des Fünf-Kilometerkreises der Vermittlungsstellen zu zahlen ist, vom 1. Oktober an für Anschlüsse, für die bereits fünf Jahre lang die Zuschläge entrichtet worden sind, um 40 v. H. ermäßigt.

Es werden herabgesetzt die Drucksachengebühr für Sendungen von 20 bis 50 Gramm von 5 auf 4 Reichspfennige. Die Gebühr für Warenproben, Geschäftspapiere und Mischsendungen bis 100 Gramm von 15 auf 8 Reichspfennige, die Gebühren für Postwurfsendungen bis 20 Gramm von zwei auf 1½ Reichspfennige, und für Postwurfmischsendungen von 5 auf 4 Reichspfennige, der Zuschlag für sperrige Pakete, von 100 auf 50 v. H. der Paketgebühr.

Weiter lagen dem Verwaltungsrat Vorschläge über das Beschaffungsprogramm in Höhe von 76,6 Millionen RM vor. Es ist eine Finanzierung geplant, die sich im allgemeinen an das Verfahren anlehnen wird, das vom Reich bei der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms beabsichtigt wird.

Besserung am Arbeitsmarkt

Berlin, 8. Juli.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 17. bis 30. Juni 1933 hat die seit Mitte Februar anhaltende Besserung der Lage am Arbeitsmarkt auch in der zweiten Juni-hälfte weitere Fortschritte gemacht. Von Mitte bis Ende Juni ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen erneut um 121 000 auf 4 856 000 gesunken. Zu berücksichtigen ist dabei, daß unter den Arbeitslosen auch die Personen mitgezählt werden, die im Arbeitsdienst, bei der Hilfs-

---

14

Die Stimmen der Vergangenheit

Original-Kriminal-Roman von Hans Walter Schmidt.

(Nachdruck verboten.)

„Wichtig ist es allerdings, aber den alten Herrn wollen wir schlafen lassen, bis er von selbst erwacht. Er wird die Kraft später brauchen können, schätze ich, die ihm die erquickende Ruhe geboten haben wird. A propos, Sie haben doch Ihr Versprechen gehalten? Ich frage nur, da das, was ich mir wohl denken kann, in diesem Punkte absolut nicht maßgebend ist — in einer solch schwierigen Angelegenheit, wo man alles doppelt und dreifach erwägen und überlegen muß."

Bertold nickte. „Ein Kavalier bricht sein Ehrenwort nicht," entgegnete er stolz. „Aber der Form halber versichere ich Ihnen nochmals, daß niemand ein Sterbenswort über den Fall Wittmann und Ihre Person aus meinem Munde erfahren hat."

„Das vereinfacht meine beabsichtigte Handlungsweise in diesem Hause sehr wesentlich," bedankte sich der Kriminalist mit einer leichten Verbeugung. „Jetzt will ich Ihnen auch eröffnen, daß sich alles geklärt hat. Wenn meine Unterredung mit Ihrem Herrn Vater beendet sein wird, sollen Sie den ganzen Sachverhalt erfahren."

In Erichs Brust arbeitete es. „Und können Sie mir nicht schon sagen — andeuten — daß — ob — —"

„— — Edgar Wittmann an dem Tode seines Vaters schuldig ist oder nicht?" lächelte der Menschenkenner. „Er hat Herrn Wittmann senior nicht getötet. Seine Hand und sein Gewissen sind — makellos!"

Ein tiefer, tiefer Seufzer entquoll erlösend der Brust des jungen Bertold, und die große, freudige Erregung ließ ihn sein Taschentuch gegen die feucht werdenden Augen drücken.

„Ich wußte es, ich wußte es, Edgar ist unschuldig, er — mein Freund!" murmelte er dabei tief bewegt.

„Nur juridisch und moralisch," schaltete der Detektiv ein. „Den Grundstein — wenn ich mich so ausdrücken kann — zu dem Tode Herrn Wittmanns hat er allerdings gelegt."

„Um Gottes Barmherzigkeit willen, wie soll ich das verstehen," stieß Erich Bertold schmerzlich hervor. „Soeben bemunteten Sie doch noch, daß seine Hände und sein Gewissen rein seien und fleckenlos, und nun soll er doch Herrn Wittmanns Tod verschuldet haben? Erklären Sie mir diesen Widerspruch, Sie merkwürdiger Mensch!"

Er hatte sich weit vorgebeugt und starrte fassungslos Walter Eckert in die ruhig auf ihn gerichteten stahlgrauen Augen. Sein Blick schien in des Detektivs Seele lesen zu wollen. Aber er traf wie auf Eisen und Stahl. Nichts, nicht das geringste Zeichen konnte man in diesen bewegungslosen Zügen wahrnehmen, welches auch nur einen der Gedanken verriet, die hinter dieser hohen, weißen Stirne sich kreuzten.

„Beruhigen Sie sich, Herr Bertold," sagte Eckert, und machte eine abwehrende Handbewegung, „ich will Sie hierin unterstützen, indem ich Ihnen eröffne, daß noch eine Person den Grund zu seinem Tode gelegt hat."

„Noch eine? — Wer — wer ist das?"

„Fräulein Leontine Wittmann!"

„Nein — nein, das — das ist nicht möglich, das kann nicht sein!"

„Und noch jemand, wenn auch erst in zweiter Linie," fuhr der Detektiv in unerschütterlicher Ruhe fort. „Wollen Sie den Namen dieser Person ebenfalls erfahren?"

Bertold nickte stumm.

„Sie selbst!"

Erich fuhr vom Stuhle empor, als habe ihn eine Schlange gebissen.

„Ich — —?" stotterte er fassungslos.

„Ja, Sie! Aber ich denke, Ihr Gewissen ist dabei doch ebenso rein wie das meine, nicht wahr?"

„Mein Gewissen wird bei Gott im Himmel durch nichts beschwert," murmelte Erich dumpf.

„Nun sehen Sie, Herr Bertold, genau so steht es mit Edgar und Leontine Wittmann. Sie können das nun ganz genau aus eigener Erfahrung ermessen. Dies wollte ich nur mit meinen Andeutungen bezwecken."

Mit einer impulsiven Bewegung streckte der junge Mann seinem Gegenüber die Hand hin. „Ich danke Ihnen, Herr Eckert," sagte er dann mit Wärme. „Ich nannte sie vorhin einen merkwürdigen Menschen; Sie sind es; Sie gehen Wege, die dem Blicke gewöhnlicher Sterblicher verborgen bleiben. Mein Vertrauen zu Ihrem Können hat keine Grenzen."

Walter Eckert lächelte fein. „Ein großes Wort sprechen Sie gelassen aus!" zitierte er mit Pathos.

„Der anädige Herr hat sich soeben erhoben und nimmt in seinem Zimmer den Kaffee ein," meldete der auf leisen Sohlen eintretende Diener, dem Bertold beim Eintreffen des Detektivs einen dahin abzielenden Auftrag gegeben, es ihm sofort anzuzeigen, wenn sein Vater seine Siesta beendet habe.

Erich erhob sich. Aber Eckert blieb ruhig sitzen. „Bitte, nehmen Sie noch einen Augenblick Platz, mein Freund!" bedeutete er jenem mit gewinnendem Lächeln, als ob er hier zuhause wäre. Dann zog er die Uhr und sagte: „Jetzt ist es einunddreißig Minuten über zwei. Zu einigen Tassen Kaffees benötigt man sicherlich zehn Minuten, um sie mit Genuß zu schlürfen. Wir wollen den alten Herrn in diesem Genusse nicht stören. Ich werde meinen Besuch bei ihm einundvierzig Minuten über zwei anmelden lassen." — —

„Der gnädige Herr lassen bitten!" verkündete der Diener, nachdem die von dem Detektiv erwähnte Zeitspanne verflossen war.

Eckert hatte den Bankier zu einer geheimen Unterredung unter vier Augen in seinem Arbeitszimmer gebeten, wo man unbelauscht verhandeln konnte. Er erhob sich daher sogleich, um dem voranschreitenden Diener zu folgen.

Willi Bertold empfing seinen Besuch mit auffallender Freundlichkeit. Aber der Menschenkenner Eckert merkte es gar wohl, daß unter dieser meisterhaften Maske der alte Herr nur seine Aufregung zu verbergen trachtete.

„Bringen Sie mir gute Nachrichten, Herr Eckert?"

Mit dieser Frage empfing den Eintretenden der jetzt alleinige Chef des Bankhauses Wittmann und Bertold.

„Ja, gute," entgegnete jener, „sehr gute, Herr Bankier!"

Keine Muskel in dem Gesichte Willi Bertolds zuckte.

„Bitte, nehmen Sie Platz, Herr Eckert!" sagte er ruhig und deutete auf einen Sessel. Doch der scharfe Beobachter hätte genau das leichte Beben seiner ausgestreckten Hand wahrnehmen können.

Der Detektiv leistete dieser Aufforderung sogleich Folge. Und auch Bertold ließ sich etwas schwerfällig auf seinem Armsuhl vor dem Schreibtische nieder.

Eckert schwieg und blickte einen Moment lang nur scharf zu dem Bankier hinüber. Er hatte sich den Stuhl derart zu demselben herangezogen, daß dessen Gestalt ins helle Licht gerückt wurde, welches durch das hohe Fenster voll hereinflutete.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819330711-16/fragment/page=0002

polizei und bei Pflichtarbeitern tätig, somit im eigentlichen Sinne nicht arbeitslos sind, sich aber weiter beim Arbeitsamt um einen ständigen Arbeitsplatz bemühen.

In der zweiten Junihälfte nahm die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um 19 000 auf 416 000, in der Krisenfürsorge um 15 000 auf 1 310 000 ab. Auch die Zahl der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen hat sich im Laufe des Juni um 119 000 auf 2 042 000 vermindert.

Empfang evangelischer Kirchenvertreter

Berlin, 8. Juli.

Entsprechend dem ihm durch den Reichskanzler übermittelten Auftrag des Reichspräsidenten empfing der Reichsinnenminister Dr. Frick die Vertreter der evangelischen Kirche der Altpreußischen Union, Vizepräsident des Evangelischen Oberkirchenrates D. Hundt, Generalsuperintendent D. Karow, Geheimer und Oberkonsistorialrat D. Karnatz und Oberkonsistorialrat Heinelmann.

Der Minister nahm die Darlegungen der Kirchenvertreter über ihre Beurteilung der kaisächsischen und rechtlichen Lage entgegen und gab der Erwartung Ausdruck, daß es mit Unterstützung aller Beteiligten gelingen möge, den Frieden innerhalb der evangelischen Kirche baldigst wiederherzustellen. Es ist zu hoffen, daß dieses Ziel durch weitere Verhandlungen in Kürze erreicht wird.

Anordnung des Kirchen-Kommissars

Der Kommissar für die evangelischen Landeskirchen in Preußen, Jäger, erläßt folgende Anordnung:

„1. Meine heute bei mir versammelten Bevollmächtigten aus ganz Preußen berichten übereinstimmend von dem gewaltigen Widerhall, den das Werk der Hilfe des Staates zur Selbsthilfe der Kirche im Kirchenvolke gefunden hat.

2. In Weiterführung des gemeinsamen Werkes aller zum Neubau der Deutschen Evangelischen Kirche willigen Kräfte übertrage ich auf den Herrn Bevollmächtigten des Herrn Reichskanzlers, Wehrkreispfarrer Müller, im Einverständnis mit ihm das Recht der obersten Kirchenleitung, der Evangelischen Landeskirche der Altpreußischen Union.“

Aufruf des Wehrkreispfarrers Müller

Berlin, 10. Juli.

Wehrkreispfarrer Müller erläßt einen Aufruf an die Gemeinden der altpreußischen Landeskirche, in dem es u. a. heißt:

„Ich übernehme die Leitung des Evangelischen Oberkirchenrates in der festen Zuversicht, daß ich auch an dieser Stelle dazu beitragen kann, das begonnene Einigungswerk der deutschen evangelischen Kirchen im Sinne der kirchlichen Selbsthilfe so bald wie möglich zu Ende zu führen.

Das evangelische Kirchenvolk wartet allerwärts auf den Bau der deutschen evangelischen Kirche. Darum ist es jetzt vordringliche Pflicht, die Verfassung, die dem Leben dieser Kirchen Form und Regel geben soll, in kürzester Frist fertigzustellen. Diese Bauarbeit gelingt nur, wenn sie in Einmütigkeit und stiller Sammlung geschehen kann. Alle Störungsversuche durch unsachliches Reden und Handeln sind jetzt nicht mehr zu verantworten. Es müssen jetzt alle, die Presse eingeschlossen, zusammenstehen.

Ich rufe die Glieder unserer Kirche auf, in treuer Fürbitte sich hinter mich und meine Mitarbeiter zu stellen.“

Das Erbfolgerecht in Preußen

Berlin, 8. Juli.

Zu dem Gesetz über das bäuerliche Erbhofrecht ist jetzt eine Ausführungsverordnung ergangen. Sie erläutert in ausführlicher Darstellung, wie das neue bäuerliche Erbhofrecht in der Praxis durchgeführt werden soll. Im einzelnen ist hervorzuheben, daß beim Justizministerium ein Erbhofrat gebildet wird. Jeder Bauer kann beantragen, daß für seinen Erbhof ein Erbhofbuch angelegt wird. Die Eintragung in die Erbhöferrolle kann auch ehrenhalber erfolgen, wenn der Eigentümer oder einer seiner Vorfahren sich in führender Stellung um Volk und Land hervorragend verdient gemacht hat.

In den einzelnen Bestimmungen wird u. a. zum Ausdruck gebracht, daß ein zum Anerben Berufener, der mit einer Person jüdischer oder farbiger Herkunft die Ehe schließt, sich damit selbst von der Folge in den Erbhof ausschließt. Sogenannte Pachthöfe sind von der Eintragung in die Erbhöferrolle ausgeschlossen.

Die Versorgung der weichenden Erben.

Die Versorgung der weichenden Erben fällt dem Anerben zur Last, der den angefallenen Hof übernommen hat. Das Recht auf Unterhalt, Berufsbildung und Heimatzuflucht für die weichenden Erben besteht nur in den Fällen, in denen der Erbfall nach dem 1. Juni 1933 eingetreten und in dem die Erbregelung auf Grund des bäuerlichen Erbhofrechts erfolgt ist. Bei Pächtern gehört zu der Ausstattung, die das Gesetz vorsieht, die Aussteuer. Bei Söhnen kann insbesondere die Gewährung der Mittel zum Erwerb einer Siedlerstelle in Frage kommen, notfalls unter maßvoller Belastung des Hofes. Die Bestimmungen des bäuerlichen Erbhofrechtes finden auf Familien-Fideikommisse, Erbstammgüter, Lehen und Hausvermögen bis zu deren Auflösung keine Anwendung.

Der Verkauf des Hofes ist nur mit Genehmigung des Anerbengerichts möglich. Ausnahmen sind nur dann zulässig, wenn die Veräußerung zu Gunsten von Siedlungszwecken von Staat und Reich erfolgt. Heide und Oedland können ohne Genehmigung zur Siedlung an Söhne oder andere Befähigte abgegeben werden.

Hilfswerk für das Handwerk

Meister und Gesellen einmütig für das Gelingen.

Die in der Presse- und Propagandastelle des Reichsstandes und des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks versammelten Vertreter der Meister und Gesellen des gesamten Berufsstandes begrüßen die weitgehende Propagandatätigkeit für das deutsche Handwerk, insbesondere das „Hilfswerk für das deutsche Handwerk“, das unter dem Motto „Segen der Arbeitsbeschaffung im Kleinen“ im Rahmen des Hilfswerkes für das deutsche Handwerk vom 15. bis 21. Oktober 1933 vor sich geht.

Zur Verwirklichung und Unterstützung des großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogrammes der Reichsregierung beschlossen die anwesenden Vertreter des Handwerks einstimmig sich mit allen Kräften und Mitteln für das gesamte Gelingen und den Erfolg des Hilfswerkes für das deutsche Handwerk einzusetzen.

Ziele des Rundfunks

Dr. Goebbels auf der Funktagung der NSDAP.

Berlin, 9. Juli.

Auf der Tagung der Reichsfunkwarte der NSDAP. nahm Reichsminister Dr. Goebbels zu den zu lösenden Aufgaben des nationalsozialistischen Rundfunks Stellung. Dr. Goebbels sagte u. a.: Ich habe selbst vom ersten Tag meines Amtsantritts an meine Aufmerksamkeit und Sorgfalt dem Rundfunk angedeihen lassen. Ich war mir klar, daß gerade dieses fein ausgebaute und kompliziert Instrument besonders behutsam behandelt werden und daß man mit ihm behutsam umgehen muß, da man zum Teil mit den verschiedensten Menschen und Institutionen zu rechnen hat.

Ich werde in den nächsten Tagen die Vertreter des Rundfunks, die die Schlüsselstellung innehaben, zu mir kommen lassen und ihnen noch im besonderen sagen, daß der Rundfunk von der höchsten Spitze bis zum letzten Mann im Senderaum nun ganz eindeutig nationalsozialistisch eingestellt zu sein hat.

Ich gebe hier der Hoffnung Ausdruck, daß der Rundfunk ein großes und modernes Beeinflussungsmittel in der Hand der Reichsregierung werden wird, und daß von keiner Seite mehr Störungen einsetzen können.

Ich bin jedoch der Ueberzeugung, daß das, was wir heute machen, bahnbrechend für die ganze Kulturwelt ist, für die nationalsozialistische Welt. Wenn sie auch heute noch nicht besteht, so wird sie aber in zehn Jahren unsere Gesetze abschreiben, weil sie das Bahnbrechende erkennen wird. Das, was wir heute tun, wird für Europa maßgebend sein.

Ein Schlag gegen das Hetzertum

Staatsfeindliche Tätigkeit der ausgehobenen Aerztezentrale erwiesen.

Berlin, 9. Juli.

Der Aktion gegen die marxistische Aerztegeheimorganisation in Berlin war ein voller Erfolg beschieden. Unter dem Deckmantel der Hilfstätigkeit hatte sich in dieser Organisation eine Zentrale für landesverräterische und marxistische Propaganda und Hetze aufgemacht, die bereits umfangreiches Material gesammelt hatte. Das beschlagnahmte Material beweist die landesverräterische Tendenz und Tätigkeit einwandfrei. So befindet sich unter den beschlagnahmten Schriftstücken eine umfangreiche Auslandskorrespondenz, zum großen Teil in fremden Sprachen. Hier wird im Sinne der berüchtigten internationalen marxistischen Hetze gegen das neue Deutschland agitiert.

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, daß zu Beginn dieses Jahres die jüdischen Aerzte 70 Prozent der Berliner Aerzteschaft ausmachten, von denen die meisten, wie einwandfrei festgestellt werden konnte, im marxistisch-staatsfeindlichen Sinne agitierten. Noch heute sind etwa 3000 jüdische Aerzte ungehindert in Berlin zugelassen, d. h. 30 Prozent aller Aerzte der Reichshauptstadt sind Juden bei einem Anteil der Juden von 1 Prozent der Gesamtbevölkerung. Nehmen sie schon unseren deutschen Volksgenossen das Brot, so kann es auf keinen Fall geduldet werden, daß sie hier weiter eine staatsfeindliche Tätigkeit entfalten.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 10. Juli 1933.

* Zu dem am 6. Juli 1933 stattgefundenen **Schweinemarkte** waren 198 Ferkel aufgetrieben. Die Durchschnittspreise betrugen für 4 Wochen alte 8 RM, für 6 Wochen alte 10 RM und für 8 Wochen alte Ferkel 13 RM. Läufer waren nicht aufgetrieben.

* **Weiter Weg eines Kinder-Luftballons.** Am 6. Juli nachmittags fand Walter Bischoff in Oppin einen Kinderluftballon. Aus der angeheftenen Karte war zu ersehen, daß der Ballon in Antwerpen (Belgien) aufgestiegen war.

* **Rundfunk wirbt für Düben.** Der Leipziger Rundfunksender macht seit einiger Zeit im Rahmen der Werbenachrichten auch auf unsern Kurort aufmerksam, wobei die äußerst wirksame Reklame mit den Worten beginnt: „Sie waren noch nicht in Düben? Schade!“ Wie wir hören, beabsichtigt das Verkehrsamt in ähnlicher Form auch auf die großen diesjährigen Veranstaltungen, wie Mitteldeutsches Bundesschießen usw., hinzuweisen.

* **Was muß ich im Juli aus dem Steuer- und Wirtschaftsrecht beachten?** Der Juli bringt eine große Anzahl wichtiger Termine. Wenn Sie Hausgehilfinnen beschäftigen, müssen sie daran denken, eventuell ihre Steuerkarte berichtigen zu lassen, damit sie die neu geschaffenen Familienermäßigungen erhalten. Aufwendungen für nach dem 30. Juni beschaffte Gegenstände des beweglichen Anlagekapitals können Sie von der Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer abziehen. Neben den regelmäßigen Terminen auf Abziehung der Lohnsteuern ist zu beachten, daß bis 17. Juli Umsatzsteuervoranmeldungen und -Vorauszahlungen für Monats- und Vierteljahreszahler zu leisten sind. Am 20. Juli muß erstmalig die Ehestandshilfe für Lohnempfänger für die Zeit vom 1.—15. Juli abgeführt werden. Ende des Monats laufen die Fristen für Gewährung einer neuen Zahlungsfrist für Aufwertungshypotheken etc. ab. Bis dahin müssen auch Anträge auf Steuergutscheine für Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern im zweiten Kalendervierteljahr 1933 gestellt werden. Endlich denke man daran, rechtzeitig von der neuen Steuer-, Devisen- und Kapitalfluchtamnestie Gebrauch zu machen. Ueber alle diese Fragen unterrichten Sie zuverlässig und ausführlich die Wirtschaftlichen Kurzbriefe, Deutschlands größte Fachschrift für Steuer-, Rechts- und allgemeine Wirtschaftsberatung. Wenn Sie sich auf unsere Zeitung beziehen, erhalten Sie kostenlose Probenummern vom Rudolf Lorentz Verlag, Charlottenburg 9.

Bitterfeld. (Landrat Stammer in Schutzhaft genommen). Der frühere Landrat Stammer wurde am Donnerstag in Halle in Schutzhaft genommen. Er war von der halleschen Staatsanwaltschaft zu einer Vernehmung geladen worden und hat dieser Ladung auch Folge geleistet.

Elsterwerda. (9jähriger erschießt sein 2½jähriges Schwesterchen.) Im benachbarten Stolzenhain ereignete sich ein tödlicher Unfall. Der Wirtschaftsbesitzer Emil Wendt wollte Feldschäblinge mit dem Tesching erschießen. Er legte die geladene Waffe in die Scheune, um sie bei Bedarf zur Hand zu haben. Der 9jährige Sohn ergriff die Waffe und legte im Scherz auf sein 2½jähriges Schwesterchen an, als auch schon der Schuß krachte und das Kind ins Herz getroffen, umsank. Der Tod trat auf der Stelle ein. Der Vorfall zeigt wieder, daß beim Umgang mit Waffen größte Vorsicht geübt werden muß.

Landwirtschaftlicher Beirat bei der Landwirtschaftskammer.

Staatskommissar Landwirt Wipper, Ummendorf, der mit der provisorischen Verwaltung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen beauftragt ist, hat zur Fortführung der laufenden Geschäfte einen landwirtschaftlichen Beirat ernannt.

Die Neuwahlen werden erst nach der Herbstbestellung stattfinden, um die Erntearbeiten nicht zu behindern. Der Minister wird den genauen Termin noch festsetzen.

Revisionen im Gipsprozeß verworfen

Nordhausen. Das Reichsgericht in Leipzig verkündete sein Urteil im Nordhäuser Gips-Prozeß. Entsprechend dem Antrag des Reichsanwalts wurden die Revisionen sämtlicher Angeklagten, wie auch die der Nebenkläger, des Leuna-Werks und des Vereins gegen das Bestechungsunwesen, als unbegründet verworfen. Damit sind die vom Landgericht Nordhausen am 9. Juli vorigen Jahres gegen die Beteiligten verhängten Geld- und Gefängnisstrafen in vollem Umfange rechtskräftig geworden.

Ein leichtsinniger Schütze.

Herzberg. Ein Landwirt von hier hatte auf junge Leute, die sich auf seinem Grund und Boden befanden, einen Schreckschuß abgegeben und dabei unglücklicherweise einen Landwirtschaftsgehilfen tödlich getroffen. Wegen fahrlässiger Tötung wurde er zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Den Leib aufgeschlitzt.

Schweinitz. Ein junges Mädchen war beim Spielen in dem nahen Walde auf einen Baum geklettert, dabei aber abgerutscht. Von den hervorstehenden Aesten wurde ihm der Unterleib aufgerissen.

Zwei Jahre neun Monate Zuchthaus für Brandstifter.

Bad Schmiedeberg. Das Schwurgericht in Torgau verurteilte den Steingutfacharbeiter Alfred Wegner aus Bad Schmiedeberg wegen Brandstiftung und Versicherungsbetruges zu zwei Jahren neun Monaten Zuchthaus. Wegner hatte Anfang dieses Jahres das Haus einer Witwe, in dem er wohnte, in Brand gesteckt, um sich in den Besitz der Versicherungssumme zu setzen. Der Staatsanwalt hatte eine Zuchthausstrafe von sechs Jahren vier Monaten beantragt.

Ungetreuer Kassenrendant erhängt sich.

Düben. Der Kassenrendant Kummer erhängte sich, als in der hiesigen Ortskrankenkasse eine Revision vorgenommen werden sollte. Nach einem hinterlassenen Brief hat er der Kasse unberechtigterweise mehrere 1000 Mark entnommen.

Vom Starkstrom getötet.

Golpa (Kr. Bitterfeld). Auf der Grube Golpa wurde der 50jährige Maschinist Hermann Rößl aus Zschornewitz im Umformerhaus mit schweren Brandwunden an Armen und Händen als Leiche aufgefunden. Wahrscheinlich ist er der 6000-Volt-Leitung zu nahe gekommen.

Er spielte den Helden.

Magoeburg. Ein hiesiger Reichsbahnschaffner hatte seiner Direktion falsche Angaben über Umfang und Dauer seiner Militärdienstzeit und über die Teilnahme an Schlachten und Gefechten im Weltkriege gemacht. Dadurch erreichte er, daß ihm ein entsprechend höheres Gehalt gezahlt wurde und daß die ihm später zustehende Pension ebenfalls höher sein würde. Das Landgericht Magdeburg verurteilte den Schaffner zu sechs Monaten Gefängnis, weil er sich durch Vorspiegelung falscher Tatsachen rechtswidrig einen Vermögensvorteil verschafft hatte. Gegen dieses Urteil legte der Verurteilte Revision beim Reichsgericht ein, wobei er sich vor allem auf die Verjährung der Straftat stützte, da die Angaben schon vor mehreren Jahren gemacht wurden. Das Reichsgericht hat jedoch das erstinstanzliche Urteil bestätigt und die Revision kostenpflichtig verworfen.

Er wollte seine Mütze retten.

Niegripp (Kr. Jerichow I). Der 18jährige Schiffer Karl Nowack kam auf tragische Weise ums Leben. Er wollte während der Fahrt auf einem Elbkahn seine Mütze aus der Elbe holen. Hierbei ging er unter und ertrank. Trotz der sofortigen Bemühungen der Besatzung des Kahns konnte der Ertrunkene nicht geborgen werden.

Radfahrerwege im Bezirk Halle.

Halle. In einer Sitzung des Hallischen Wirtschafts- und Verkehrsverbandes erstattete der Geschäftsführer, Dr. Hage, Bericht über das Projekt der Schaffung von Radfahrwegen in und um Halle und darüber hinaus. Seit mehreren Jahren waren schon Bemühungen im Gange, einen Verein für Radfahrwege zu bilden, wie er z. B. in der Nachbarstadt Magdeburg besteht und der es ermöglichen soll, aus den Mitgliederbeiträgen die Schaffung von Radfahrwegen zu finanzieren. Das von Dr. Hage vorgelegte Projekt sieht u. a. einen Weg durch die Elsteraue nach Schkeuditz, Leipzig, ferner Wege im Merseburg-Leuna-Industriebezirk, nach dem Harz, dem Petersberg und der Dübener Heide vor. Weiter denkt man an einen großen Radfahrwanderweg von Berlin

saaleaufwärts nach Thüringen und Bayern.

Die Vorarbeiten liegen in den Händen der Landesplanung in Merseburg. Man hofft, durch die Verwirklichung der Pläne einen erheblichen Teil der gegenwärtigen Unfälle auf der Landstraße in Wegfall zu bringen.

Halle. Dunkle Elemente, die offenbar in kommunistischen Kreisen zu suchen sind, haben in der Nacht die Schlagetersbrücke (früher Plötznitzbrücke) mit roter Farbe derartig überschmiert, daß die Verschandelung nicht so schnell zu beseitigen sein wird. Die Täter dürften, wenn sie gefaßt werden, einer exemplarischen Strafe sicher sein.

Halle. In Ammendorf fuhr ein Kraftrad auf ein dort haltendes besetztes Kraftdreirad auf. Führer und Sozius des Kraftrades wurden schwer verletzt. Der Sozius verstarb auf dem Wege zum Krankenhaus, während der Führer mit schweren Verletzungen im Krankenhaus Bergmannstrost Aufnahme fand. Die Schuld an dem Unfall soll der Führer des Kraftrades tragen, weil er trotz Warnungszeichen, die mit der Lampe gegeben worden waren, die Hallische Straße mit einer Geschwindigkeit von 80 bis 100 Stkm. befahren hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819330711-16/fragment/page=0003

Die 5000. Lokomotive reist ans Rote Meer.

Nordhausen. Bei der Firma Orenstein & Koppel, Abteilung Montania, wurde dieser Tage die 5000. Dieselmotor-Feldbahnlokomotive fertiggestellt. Sie ist für eine französische Kolonialfirma bestimmt und soll am Roter Meer arbeiten.

D-Zug entgleist

Vier Tote.

Apolda, 10. Juli.

Am Sonntag entgleiste um 15 Uhr 10 vor dem Bahnhof Nieder-Trebra der D-Zug 15 Stuttgart—Berlin vermutlich infolge Gleisverfwerfung. Sechs Personenwagen entgleisten und liegen an der Böschung. Bis jetzt sind drei Tote, zwölf Schwerverletzte und eine Anzahl Leichtverletzter geborgen worden. Die Leichtverletzten setzten ihre Reise mit dem nicht entgleisten Zugteil fort. Die Schwerverletzten wurden in das Krankenhaus Apolda eingeliefert. Nachdem zunächst beide Gleise gesperrt waren, konnte der eingleisige Betrieb um 18 Uhr 06 wieder aufgenommen werden. Eine Tote liegt noch unter den Trümmern.

Getötet wurden: Frau Marie Louise Behring-Uhla, Schwerin, G. Ziesling, Neusalz (Oder); zwei Tote sind noch unbekannt.

Deutschlands Geburtenkatastrophe

Der Mensch von heute verbindet mit der Großstadt meistens den Begriff des Wachsens, er verfolgt das bisher scheinbar unaufhörliche Steigen der Bevölkerungsziffer, aber über die Zusammenhänge von sinkender Sterbeziffer, steigendem Geburtenrückgang, Zuwanderung vom Lande, wie überhaupt von der allgemeinen Bevölkerungs- und Rassenpolitik weiß er wenig. Zur Erforschung der so wichtigen Bevölkerungsfrage, namentlich in den Großstädten, ist bisher nicht viel geleistet worden; um so erfreulicher ist die Feststellung, daß die jetzige Reichsregierung gesetzliche Maßnahmen trifft, um den qualitativen und quantitativen Bestand unseres Volkes zu sichern. In diesen Tagen ist bekanntlich an Stelle des bisherigen Reichsausschusses für Bevölkerungsfragen ein „Sachverständigenbeirat für Bevölkerungs- und Rassenpolitik" berufen worden.

In einer bemerkenswerten Abhandlung in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift" befaßt sich Professor Lenz mit der Frage: „Wie schnell schwindet das deutsche Volk dahin?" Er stellt dabei den Satz voran, daß die Zahl der Geburten nicht mehr ausreicht, um den Bestand des deutschen Volkes zu erhalten. Besonders in den Großstädten sind die Verhältnisse besorgniserregend. Während im Durchschnitt unseres gesamten Volkes die Geburten noch zur Erhaltung von zwei Dritteln des Bestandes reichen, genügen sie in Berlin nicht einmal mehr zur Erhaltung eines Drittels. Im Jahre 1931 gab es in der Reichshauptstadt 38 110 Geburten ortsansässiger Mütter. Bezogen auf 46 200 Eheschließungen im Durchschnitt der Jahre 1928 bis 1930 macht das 0,83 Geburten je Ehe. Da zur Erhaltung des Bestandes 3,1 nötig wären, wird nur ein Viertel des Bestandes der Berliner Bevölkerung durch eigene Geburten erhalten.

Für die Gesamtheit der deutschen Großstädte ergibt die Geburtenzahl des Jahres 1931 1,18 Geburten je Ehe. Die Bevölkerung der deutschen Großstädte erhält also nur noch ein Drittel ihres Bestandes, die Berliner Bevölkerung nicht einmal mehr dieses Drittel. Der Rückgang des Bestandes unseres Volkes wird einstweilen zum großen Teil durch das Weiterleben der vorhandenen Individuen für einige Jahrzehnte verdeckt. Die Individuen der stark besetzten Jahrgänge von 20—30 Jahren werden im Durchschnitt noch vier bis fünf Jahrzehnte leben. Um 1975 wird unser Volk zu einem großen Teil aus Greisen bestehen; und dann wird durch Todesfälle die Volkszahl schnell auf einen Bruchteil der gegenwärtigen zurückgehen. Die jetzt im Fortpflanzungsalter stehenden Jahrgänge hinterlassen im Gesamtdurchschnitt unseres Volkes einen Nachwuchs, der nach Ablauf einer Generation, also um 1960, zwei Drittel des Bestandes der älteren Generation betragen wird. Die um 1960 im Fortpflanzungsalter stehende Generation wird, wenn die Geburtenziffer sich nicht wieder hebt, einen Nachwuchs hinterlassen, der nur noch 44 Prozent der um 1930 heiratenden Generation ausmacht. Gegen Ende dieses Jahrhunderts wird das deutsche Volk auf 40 Prozent seines augenblicklichen Bestandes zurückgegangen sein. Die derzeitige Bevölkerung der deutschen Großstädte wird am Ende dieses Jahrhunderts nur noch eine Nachkommenschaft in Stärke von einem Achtel des jetzigen Bestandes haben, die Berliner Bevölkerung nur noch von einem Zwanzigstel.

Etwas für Feinschmecker.

Der Wunsch jeder Hausfrau ist nicht nur zu kochen, daß alle ihre Angehörigen und Gäste satt werden, sondern sie setzt ihren Stolz darein, die Speisen auch so schmackhaft wie möglich zu machen. Kleine Küchengeheimnisse in der Zubereitung, das Hinzufügen von Gewürzen in lange erprobten Mengen helfen mit, dieses Ziel zu erreichen. Ganz besonders aber eine Zutat gibt es, die allen Speisen erst den rechten Geschmack verleiht, ganz gleich, um welche es sich handelt, ob Braten oder Suppe, ob die Tunke oder der gefüllte Eierkuchen, und das ist der allseits bekannte und beliebte Champianon. Wer ist nicht ein Freund eines Schnitzels mit diesen Edelpilzen? Leider ist die Verwendung für die Hausfrau teilweise noch recht teuer, da der Kauf aus den Feinkostgeschäften immerhin noch mehr kostet, als im allgemeinen für den Küchenetat vorgesehen ist. Deshalb sollte wer nur immer Gelegenheit hat, sich auf verhältnismäßig billige Weise die Champignons selbst züchten und so auf eine einfache und bequeme Weise ohne nennenswerte Belastung des Geldbeutels zu einer Verfeinerung des Essens beitragen. Selbstverständlich ist für eine Champignonzucht eine einwandfreie, bakterienlose und erfolgsichere Brut Bedingung. Diese aber kann man nur von Spezialisten beziehen, denen wie der Firma Fr. Oehlke in Annaburg Bez. Halle jahrelange praktische und theoretische Erfahrungen zur Seite stehen. Diese Firma liefert in ihrer pasteurisierten Märzenbrut in Tafelform eine frische, tragfähige und nach wissenschaftlicher Methode gezüchtete Champignonbrut, die bei richtiger Kultur die wohlschmeckenden Pilze in überreichlichen Mengen liefert, so daß man nicht nur für den eigenen Haushalt genügend erntet, sondern auch noch einen Ueberschuß erzielt, der verkauft werden kann und so wieder der Verbilligung des Küchenzettels zugute kommt. Eine aber nur scheinbare Schwierigkeit bietet die Anlage des Beetes, die, wie vorweg bemerkt sei, zu jeder Jahreszeit im Keller, Stall oder ähnlichen Räumen vorgenommen werden kann. Man benötigt hierzu Pferdedünger, den man in 1 m Höhe und ca. 1½ m Tiefe aufschüttet und mit Wasser begießt. In einem Zwischenraum von je 5 Tagen muß der Dünger gewendet werden, bis er vergoren ist; dies tritt nach 2—3maligem Wenden ein, also in 10—15 Tagen. Hat man sich überzeugt, daß er weder zu naß noch zu troden ist — im ersten Falle muß nochmals gewendet werden, im anderen genügt ein Befeuchten — geht man an die Anlage der Beete. Diese müssen in einem Raum von ca. 10—15 Grad Celsius errichtet werden. Der vorbereitete Dünger wird in Einzelschichten von 1 m Breite bis zu einer Höhe von 30—35 cm in der Mitte, nach den Seiten abflachend, ausgelegt. Ist die Temperatur bis zu 26 Grad Celsius gefallen, wird die Brut in Eigröße und in handlangen Abständen 3 cm tief eingelegt und angedrückt. Nach 4 Wochen trägt man eine Schicht Gartenerde von ca. 1—2 cm auf, die aber nicht sauer sein darf, und braust sie mit Wasser in gleicher Temperatur wie der Raum ab. Nach weiteren 4—5 Wochen kann man mit der Ernte beginnen. Für die Monate März bis August lassen sich diese Kulturen auch im Freien oder in Mistbeeten anlegen. In diesem Falle schichtet man 5—8 cm Gartenerde auf, damit das Regenwasser nicht so schnell eindringen kann. Bei Befolgung dieser Anregung kann man mit Sicherheit auf einen guten Erfolg hoffen, besonders da die pasteurisierte Märzenbrut in Tafelform die geeignetste und erfolgversprechendste Art zur Anlage solcher Kulturen ist.

Diplomlandwirt Behrend.

Landeskirchliche Gemeinschaft.

Dienstag, den 11. Juli, abends 8½ Uhr **im Bürgersaal** **Bibelstunde**

Prediger Westermann-Wittenberg.

Hierzu wird herzlichst eingeladen.

Obstverpachtung

Die diesjährige Obstnutzung an der Straße Dorna-Merkwitz km 0,7 bis 1,3 Aepfel, km 1,3 bis 3,650 Sauerkirschen und an der Straße Kemberg-Merkwitz km 0,714 bis 1,923 sowie km 2,6 bis 4,592 soll am **Freitag, den 14. d. Mts., 12 Uhr mittags im Ratskeller in Kemberg** öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Das Pachtgeld ist im Termin zu zahlen.

Radis, den 7. Juli 1933 **Buchholz,** Straßenmeister

4 Wochen kostenlos

Wirtschaftliche Kurzbriefe

Deutschlands größte Fachschrift für Steuer-, Rechts- und allgemeine Wirtschaftsberatung, die viele Zehntausende fortschrittlicher Köpfe zu ihren Abonnenten zählt und die auch Ihnen helfen will, Ersparnisse zu erzielen, Vorteile für sich herauszuholen. — Eine gute Sache in Ruhe zu prüfen, kann nie schaden. Schicken Sie deshalb den anhängenden Gutschein noch heute ab!

Rudolf Lorentz Verlag
Charlottenburg 9

Gutschein!

Liefern Sie mir — uns die WK gegen diesen Gutschein vier Wochen lang vollkommen kostenlos zur Probe!

Anschrift bitte deutlich!

N. S. D. A. P.

Geld-Lotterie

für Arbeitsbeschaffung.

283 058 Gewinne und 2. Prämien = 1 500 000 RM.

Höchstgewinn auf ein Doppellos 200 000
Höchstgewinn auf ein Einzellos 100 000
Hauptgewinn auf ein Doppellos 150 000
Hauptgewinn auf ein Einzellos 75 000

Lospreis: 1,— Reichsmark

Ziehung vom 27. bis 28. September 1933

Lose erhältlich bei

Richard Arnold, Kemberg, Leipziger Straße und Markt

Prima frisches
Rind- und Hammelfleisch
frische Flecke
empfiehlt **Heinrich Schneider**

Prima frisches
Hammelfleisch
empfiehlt **Ewald Ballmann**

Frisches
Hammelfleisch
empfiehlt **Willy Rätz**

Prima frisches
Hammelfleisch
empfiehlt **Ernst Bachmann**

Frisches
Hammelfleisch
empfiehlt **Louis Richter**

Mittwoch Verkauf von frischem
Schweinefleisch
und Wurstwaren
zu bekannt billigen Preisen
Haamann, Weinbergstr. 21

ff. Pflaumenmus	Pfd.	30
Marmelade	„	38
Speiseröbensaft	„	27
bei 10 Pfund	„	26
feiner heller Speisesyrup	Pfd.	38
Kunsthonig	„	40
feinster Himbeersaft	Pfd.	55

feinste neue Fettheringe
Stück 10 Pfennig
Salzheringe
Stck. 3½, 5, 7½ Pfg.
ff. Sauerkohl Pfd. 8 Pfg.
neue saure Gurken
Frischgurken
Fliegenfänger 3 Stck. 10 Pfg.
empfiehlt **J. G. Glaubig**

Johannisbeeren
hat abzugeben
Galander, Schmiedebergerstraße

Fliegenfänger
empfiehlt **Richard Arnold**

Zur Weinbereitung und zum Einkochen
empfiehlt **Rudolf Huhn** billigst:

Gärballons in allen Größen
Gärröhren — Gärverschlüsse
Kitzinger Weinhefe, flüssig
Vierka Weinhefe, trocken
Reiche Auswahl!

Einkochapparate
Einkochgläser
Bindegläser
Fruchtpressen
besonders preiswert

Opekta
Kristall- und harter Fruchtrotzucker **Zucker (ungeblaut)**
Schwefelfaden — Flaschenlack
Cellophan- und Salicylpapier

Volkswohl-Lotterie
Ziehungsbeginn: Mittwoch.
Einige Lose sind noch zu haben bei **R. Arnold, Leipzigerstr.**

Empfehle frisch eintreffend
ff. Räucherwaren
Neue saure Gurken
Matjesheringe
Richard Tempelhof

Täglich frisch!
Billig und gut!
Neue Kartoffeln
10 Pfd. 45 Pf.
Grüne Schoten
Mohrrüben
Kohlrabi
Zwiebeln
Weißkohl
Wirsingkohl
usw. empfiehlt
Gärtner H. Leue, a. d. Kirche

Wohnung
mit allem Zubehör zu vermieten.
Wo zu erfragen in der Geschäftsst.

Flieger-Ortsgruppe
Kemberg-Rotta
Dienstag, den 11. Juli, abends ½9 Uhr im Hotel Palmbaum
Versammlung
Erscheinen aller ist Pflicht.
Der Ortsgruppenführer

Der Stahlhelm
Bund der Frontsoldaten
Mittwoch, den 12. Juli, abends 8½ Uhr im Palmbaum
Versammlung
Der Ortsgruppenführer

Herzlichen Dank
sagen wir allen auch im Namen unserer Eltern für die uns zu unserer Vermählung so überaus zahlreich erwiesenen Aufmerksamkeiten.
Kemberg, den 10. Juli 1933
Hans Henneken und Frau
Lucie geb. Besigk

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 203

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819330711-16/fragment/page=0004

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder duech Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10,— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 80 — **Dienstag, den 11. Juli 1933** — **35. Jahrg.**

Steuern.

Bis zum 15. Juli sind fällig und an unsere Kämmereikasse abzuführen: die **Staatsgrundvermögenssteuer**, der **staatliche** und **Gemeindezuschlag** hierzu und die **Hauszinssteuer.**

Für fällig gewesene, nicht gestundete Beträge muß der gesetzliche Verzugszuschlag in Höhe von 1% für jeden angefangenen halben Monat berechnet werden, **außerdem müssen die Rückstände im Verwaltungszwangsverfahren kostenpflichtig beigetrieben werden.**

Kemberg, den 5. Juli 1933.

106] **Der Magistrat**

Bekanntmachung.

Betr. Nachträgliche Einlösung von Abschnitten der für die Monate Januar, Februar und März 1933 ausgegebenen Lebensmittel und Brennstoffverbilligungsscheine.

Im Hinblick auf zahlreiche Gesuche von Verkaufsstellen ist der Herr Reichsarbeitsminister damit einverstanden, daß die Abschnitte der für die Monate Januar, Februar und März 1933 ausgegebenen Reichsverbilligungsscheine für Frischfleisch und andere Lebensmittel sowie für Brennstoff auf Antrag nachträglich eingelöst werden, sofern der Antrag bis zum 10. Juli ds. Js. gestellt ist. Anträge sind bei mir einzureichen.

Wittenberg (Bez. Halle a. S.), den 6. Juli 1933.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Zwei Aufgaben

Kanzlerrede in Dortmund

Dortmund, 10. Juli.

Anläßlich einer Tagung der SA. aus Westfalen, an der rund 70 000 SA.-Männer teilnahmen, gab Reichskanzler Adolf Hitler einen kurzen Rückblick auf die letzten 14 Jahre und betonte, daß er mit mehr Zeit für den nationalsozialistischen Kampf gerechnet hätte.

Wir haben Position um Position errungen, so fuhr der Kanzler dann fort, und tatsächlich den Geist der Zwietracht bekämpft, über Konfessionen, Klassen und Berufe hinweg die Gewalt eines einheitlichen Reiches besetzt. Ein Wille kann heute dieses Volk beherrschen und damit führen und lähmen.

Wir haben in den letzten fünf Monaten dem deutschen partikularistischen Kaiserstaat den Todesstoß versetzt und dem Partikularismus der Parteien ein Ende bereitet. Und wenn in diesen Tagen die letzten Parteigebilde zusammengesunken sind, unfreiwillig oder nicht, so wissen wir genau, warum sie es taten. Denn das ist alles nur das Ergebnis unseres Kampfes. Heute mögen vielleicht einige von ihnen im Hinterhalt den Gedanken hegen, die Parteien seien nur vorübergehend vergangen.

Die Parteien sind beseitigt und werden niemals wiederkehren. Diese Parteien stoßen jetzt gegen eine eiserne Organisation des nationalen Willens. Ich darf mit Stolz bekennen, daß wir hiermit etwas Gewaltiges in der deutschen Geschichte geleistet haben. Wer hätte jemals geglaubt, daß fünf Monate nach unserem Machtantritt das Zentrum die Fahne verlassen würde. Wir sind glücklich darüber, denn wir möchten gerne, daß der Kampf im religiösen Leben ein Ende nimmt und sind auch glücklich, daß es gestern gelang, in Rom ein Konkordat zu paraphieren, auf Grund dessen nunmehr für alle Zukunft den Priestern verboten sein wird, sich politisch in den Parteien zu betätigen. Wir sind glücklich darüber, weil wir die religiöse Not von Millionen Menschen erkennen und wissen, wie sehr sie sich danach sehnen, nicht priesterliche Vertreter der Parteien, sondern einer religiösen Ueberzeugung zu sehen. Damit ist aber zugleich der politische Machtkampf abgeschlossen.

Eine Bastion nach der anderen haben wir nun in unseren Besitz genommen. Dank der eigenen Kraft und derer, die gewillt sind, auf unseren Boden zu treten, ist heute eine Front aufgerichtet, die nach Eroberung der letzten Position das Reich ausbauen und verteidigen wird. Wir sehen heute zwei riesige Aufgaben vor uns, die uns in der nächsten Zeit beschäftigen werden. Ich weiß, daß viele Gegner nicht glauben werden, daß wir diese Aufgabe meistern könnten. Sie werden sich genau so irren, wie sie sich früher geirrt haben. Die Macht haben wir, niemand kann uns heute mehr Widerstand entgegensetzen, nun aber müssen wir den deutschen Menschen für diesen Staat erziehen. Denn die Form wird immer dann vergehen, wenn der Mensch nicht ihr lebendiger Träger ist, und wir wollen den Menschen zum Träger neuer Staatsform ausbilden.

Unser nationalsozialistischer Staat soll ewig stehen, indem wir die Bürger zu ihm erziehen, indem wir das deutsche Volk auf den Sinn dieser Ideen hundertprozentig einstellen. Es muß sich darum handeln, in den kommenden Jahren unermüdlich immer mehr die Erziehung der Millionen Menschen durchzuführen, auf daß sie hineinpassen in unseren Staat. Diese Erziehung ist nicht in der Theorie möglich, sondern wir schaffen die Schule der Praxis, in die in Zukunft jeder Deutsche kommen wird, um geschult zu werden für deutsches Sein. Wir werden genau so zähe sein wie in den hinter uns liegenden 14 Jahren.

Die zweite Aufgabe ist: Wir sehen in Deutschland eine riesige Armee von Menschen, die ohne Arbeit und damit ohne

Arbeit für 5 Millionen.

Reichskanzler Adolf Hitler über Staat und Wirtschaft.

Auf der Konferenz der Reichsstatthalter machte Reichskanzler Adolf Hitler grundlegende Ausführungen über die Einstellung der nationalsozialistischen Staatspolitik zur Wirtschaft. Der Reichskanzler ging davon aus, daß die politischen Parteien jetzt endgültig beseitigt seien. Dies sei ein geschichtlicher Vorgang, dessen Bedeutung und Tragweite man sich vielfach noch gar nicht bewußt geworden wäre. Wir müssen jetzt die letzten Ueberreste der Demokratie beseitigen, insbesondere auch die Methoden der Abstimmung und der Mehrheitsbeschlüsse wie sie heute noch vielfach bei den Kommunen, in wirtschaftlichen Organisationen und Arbeitsausschüssen vorkommen und die Verantwortung der Einzelpersönlichkeit überall zur Geltung bringen.

Der Erringung der äußeren Macht muß die innere Erziehung der Menschen folgen.

Man müsse sich davor hüten, rein formale Entscheidungen von heute auf morgen zu fällen und davon eine endgültige Lösung erwarten. Die Menschen vermögen leicht die äußere Form in ihre eigene geistige Ausprägung umzubiegen.

Man dürfe erst umschalten, wenn man die geeigneten Personen für die Umschaltung habe.

Es sind mehr Revolutionen im ersten Ansturm gelungen als gelungene aufgefangen und zum Stehen gebracht worden. Die Revolution ist kein permanenter Zustand, sie darf sich nicht zu einem Dauerzustand ausbilden. Man muß den frei gewordenen Strom der Revolution in das sichere Bett der Evolution hinüberleiten. Die Erziehung der Menschen ist dabei das wichtigste. Der heutige Zustand muß verbessert und die Menschen, die ihn verkörpern, müssen zur nationalsozialistischen Staatsauffassung erzogen werden.

Man darf daher nicht einen Wirtschaftler absetzen, wenn er ein guter Wirtschaftler, aber noch kein Nationalsozialist ist, zumal dann nicht, wenn der Nationalsozialist, den man an seine Stelle setzt, von der Wirtschaft nichts versteht. In der Wirtschaft darf nur das Können ausschlaggebend sein.

Die Aufgabe des Nationalsozialismus ist die Sicherstellung der Entwicklung unseres Volkes. Man soll aber nicht herumsuchen, ob noch etwas zu revolutionieren ist, sondern wir haben die Aufgabe, Position um Position zu sichern, um sie zu halten und allmählich mustergültig zu besetzen. Wir müssen dabei unser Handeln auf viele Jahre einstellen und in ganz großen Zeiträumen rechnen. Durch theoretische Gleichschaltungen schaffen wir keinen Arbeiter

Zum Staatsrat kann nur ernannt werden, wer u. a. mindestens 25 Jahre alt ist und die Rechte eines deutschen Staatsbürgers besitzt.

Der Ministerpräsident ernennt die Staatsräte aus folgenden Gruppen: Erste Gruppe: Staatssekretäre. Zweite Gruppe: Der Stabschef der gesamten SA., der Reichsführer der SS., der Stabsleiter der PO., die für preußische Gebietsteile zuständigen Gauleiter der NSDAP. und die eine Gruppe führenden Obergruppenführer der SA. und Gruppenführer der SS. Dritte Gruppe: Vertreter der Kirchen von Wirtschaft, Arbeit, Wissenschaft und Kunst sowie sonstige um Staat und Volk verdiente Männer.

gesetzt und eingesperrt haben, sondern danach, ob wir es verstanden haben, Arbeit zu schaffen. Wir haben heute absolut die Macht, uns überall durchzusetzen. Aber wir müssen die abgesetzten Menschen auch durch bessere ersetzen können.

Der Wirtschaftler muß in erster Reihe nach seinen wirtschaftlichen Fähigkeiten beurteilt werden, und wir müssen selbstverständlich die wirtschaftliche Apparatur in Ordnung halten.

Mit Wirtschaftskommissionen, Organisationen, Konstruktionen und Theorien werden wir die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen.

Es kommt jetzt nicht auf Programme und Ideen, sondern auf das tägliche Brot für 5 Millionen Menschen an.

Die Wirtschaft ist ein lebendiger Organismus, den man nicht mit einem Schlage verwandeln kann. Die Wirtschaft baut sich nach primitiven Gesetzen auf, die in der menschlichen Natur verankert sind. Die geistigen Bazillenträger, die jetzt in die Wirtschaft einzudringen suchen, bringen Staat und Volk in Gefahr. Man darf nicht die praktische Erfahrung ablehnen, weil sie gegen eine bestimmte Idee ist.

Wenn wir mit Reformen vor die Nation hintreten, müssen wir auch beweisen, daß wir die Dinge verstehen und sie meistern können. Unsere Aufgabe heißt Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit! Aus dem Gelingen der Arbeitsbeschaffung werden wir die stärkste Autorität erhalten.

Unser Programm ist nicht geschaffen, um schöne Gesten zu machen, sondern um dem Deutschen Volke das Leben zu erhalten. Die Ideen des Programmes verpflichten uns nicht, wie Narren zu handeln, und alles umzustürzen, sondern klug und vorsichtig unsere Gedankengänge zu verwirklichen.

Auf die Dauer wird die machtpolitische Sicherheit um so größer sein, je mehr es uns gelingt, sie wirtschaftlich zu untermauern.

Die Reichsstatthalter hätten dafür zu sorgen und seien dem Reichskanzler dafür verantwortlich, daß nicht irgendwelche Organisationen oder Parteistellen sich Regierungsbefugnisse anmaßten, Personen absetzten und Aemter besetzten, wofür allein die Reichsregierung, also in bezug auf die Wirtschaft allein der Reichswirtschaftsminister zuständig wäre.

Die Partei ist jetzt der Staat geworden. Alle Macht liegt bei der Reichsgewalt. Es muß verhindert werden, daß das Schwergewicht des deutschen Lebens wieder in einzelne Gebiete oder gar Organisationen verlagert wird. Es gibt keine Autorität mehr aus einem Teilgebiet des Reiches, sondern nur aus dem deutschen Volksbegriff.

Der Ministerpräsident, die Staatsminister und die Staatssekretäre gehören dem Staatsrat für die Dauer ihres Amtes an, die Staatsräte der zweiten Gruppe für die Dauer der dort bezeichneten Aemter in der nationalsozialistischen Bewegung, die Staatsräte der dritten Gruppe auf Lebenszeit.

Präsident des Staatsrates ist der Ministerpräsident.

Der Ministerpräsident gibt dem Staatsrat eine Geschäftsordnung. Die Staatsräte sind verpflichtet, an allen Sitzungen teilzunehmen, soweit sie nicht vom Ministerpräsidenten beurlaubt sind. Die Staatsräte äußern sich zu den Vorlagen, die dem Staatsrate zugehen. Wichtige Gesetze sollen vor ihrer Verkündung dem Staatsrat vorgelegt werden. Hält ein Staatsrat die Beratung einer sonstigen Angelegenheit für erwünscht, so teilt er dies dem Ministerpräsidenten unter Darlegung der Gründe mit; der Ministerpräsident entscheidet endgültig, ob der Anregung zu entsprechen ist. Der Staatsrat stimmt nicht ab. Die Sitzungen des Staatsrates sind nicht öffentlich. Der Reichskanzler kann jederzeit die Einberufung des Staatsrates verlangen; er kann im Staatsrat jederzeit erscheinen und das Wort nehmen.

Das Amt der Staatsräte ist ein Ehrenamt. Die Staatsräte erhalten freie Eisenbahnfahrt und Aufwandsentschädigung nach Maßgabe von Vorschriften, die das Staatsministerium erläßt. Ein Verzicht auf die Aufwandsentschädigung ist nicht statthaft.

Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Mit dem Inkrafttreten ist der bisherige Staatsrat aufgelöst.

Die Mitglieder des neuen Staatsrats

Ministerpräsident Göring hat als Führer des neuen Staatsrats in den Staatsrat berufen: Alle preußischen Minister, die Staatssekretäre Grauert vom Innenministerium und Körner vom Staatsministerium, den Stabschef der SA. Hauptmann a. D. Röhm, den Reichsführer der SS. Himmler, den Stabschef der politischen Organisation der NSDAP. und Führer der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley, den Oberpräsidenten und Gauleiter Koch-Königsberg, den Gauleiter Karpenstein-Stettin, den Oberpräsidenten und Gauleiter von Brandenburg-Grenzmark Kube, den Oberpräsidenten von Nieder- und Oberschlesien und Gauleiter Brückner, den Gauleiter von Halle-Merseburg Jordans, den stellvertretenden Gaulei-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819330711-16/fragment/page=0005